

«Haus der Begegnung» in St. Niklausen

Ein Festtag für die Dominikanerinnen von Bethanien

M. V. Man konnte die Freude den Dominikanerinnen vom Gesicht ablesen: Nach jahrelangen Bemühungen und planerischen Vorarbeiten war es kürzlich so weit, dass im Rahmen einer würdigen Feierstunde der erste Spatenstich für das Haus der Begegnung und der stillen Einkehr oberhalb von Kerns vorgenommen werden konnte.

Zu dieser schlichten Feier versammelten sich auf der Liegenschaft «Untermos» — auf einem wirklich herrlich gelegenen Grundstück mit prächtiger Rundschau auf den Obwaldner Talboden — über 300 Freunde von Bethanien, von denen wir erwähnen: Pfarrer Karl Imfeld von Kerns, Professor Dr. Werner Durrer, der Spiritual von Bethanien P. Pierlé, Ständerat Dr. Gotthard Odermatt, Sarnen, alt Landammann Christian Dillier-Wyrtsch, Sarnen, und alt Regierungsrat Josef Ettlin, Kerns.

Bei strahlendem Sonnenschein intonierte die Musikgesellschaft «Harmonie» unter der präzisen Stabführung von Josef von Deschwanden zu Beginn einen schneidigen Marsch, worauf die Schwester Priorin Worte der Begrüssung und des Dankes an die zahlreich Versammelten richtete. «Wenn wir heute in unserer Bauaufgabe so weit sind, so verdanken wir dies in erster Linie unseren Freunden von Bethanien.» Der Präsident der Baukommission, Kantonsbaumeister Beat von Segesser, Luzern, hob in besonderem die Zuversicht, den Mut und das Gottvertrauen der Schwestern hervor. Gemeindepräsident Walter Röhlin gab seiner Freude Ausdruck, dass die Schwestern von Bethanien in der Gemeinde Kerns bleiben. Abt Dominikus Löpfe würdigte das segensreiche Wirken der Dominikanerinnen von Bethanien und stellte die Bauarbeit unter den Macht-schutz Gottes. Dipl. Architekt BSA/SWB Otto

Schärli, Luzern, verdankte das ihm und seinen Mitarbeitern geschenkte Vertrauen. Dann vollzog die Generaloberin der Dominikanerinnen symbolisch den ersten Spatenstich. Vorträge der Musikgesellschaft «Harmonie» umrahmten die schlichte Feierstunde.

Was ist eigentlich Bethanien?

Eine kleine Zelle innerhalb der Kirche, mit der ganz bestimmten Funktion, einen Wesenszug Gottes sichtbar und erkennbar zu machen: sein grosses Erbarmen. Vor etwa 100 Jahren vom Dominikanerpater Lataste gegründet, bilden sie einen besonderen Zweig des Dominikanerinnenordens. Das Besondere dieses Zweiges bestand damals, im Jahre 1866, darin, dass straffällig gewordene Frauen nach innerer Umkehr in diesen Orden Aufnahme und bergende Heimat finden konnten und zwar als vollwertige Mitglieder der Schwesterngemeinschaft. Die Vergangenheit der Einzelnen ist der Kommunität unbekannt. In Bethanien sind alle gleichgestellt.

Sofern die Bauarbeiten planmässig vorangehen, wird Ende 1970 der Rohbau fertiggestellt und die neue Heimstätte der Schwestern gegen Ende des Jahres 1971 bezugsbereit sein. In St. Niklausen oberhalb von Kerns entsteht ein Haus der Begegnung und stillen Einkehr, in dem die Schwestern ihre Arbeit unter optimalen Bedingungen leisten und mit den Freunden von Bethanien, die das Werk mittragen, einen offenen Kontakt pflegen können. Der Bau verbindet einen viergeschossig gegliederten Gästetrakt mit einem dreigeschossigen Schwesterntrakt. Beim Zusammenschluss von Schwestern- und Verbindungstrakt ist diagonal die Kapelle angefügt. Der Bau wird schlicht und ohne jeden Luxus, wird aber dennoch eini-ge Millionen Franken erfordern.

Die Kommissionsanträge zum Mietrecht

Für eine Erstreckungsmöglichkeit der Kündigungsfristen bei Wohnungen bis zu 12 Monaten als Dauerrecht — Nationalrätliche Kommission mehrheitlich gegen die Aufhebung von Kündigungen durch die Behörden

(ag) Die Kommission des Nationalrates zur Behandlung der Botschaft des Bundesrates über Kündigungsbeschränkungen im Mietrecht hat ihre Verhandlungen am Freitag abgeschlossen. Ueber das Ergebnis der Beratungen, die in Seelisberg unter dem Vorsitz von Nationalrat Dr. Alfred Weber (Altdorf) standen und denen auch Bundespräsident Ludwig von Moos folgte, wurden aus dem Bundeshaus folgende Einzelheiten bekanntgegeben: In Uebereinstimmung mit dem Bundesrat und dem Ständerat stellte die Kommission fest, dass die Vorlage einzig einen verstärkten Kündigungsschutz im Mietrecht anstrebe, dass sie aber keine Lösung des Wohnungsproblems bezwecke.

Sie vertrat ferner mehrheitlich die Auffassung, dass der in Aussicht genommene Kündigungsschutz in Anlehnung an andere Regelungen in unserem Vertragsrecht in gleicher Weise für den Mieter wie für den Vermieter gelten solle.

Sie werde dem Nationalrat in diesem Sinne Antrag stellen. Die Kommission wird dem Rat

in Zustimmung zum Beschluss des Ständerates vorwiegend aus verfassungsrechtlichen Ueberlegungen sodann beantragen,

nur die Erstreckung des Mietverhältnisses, nicht auch die Aufhebung der Kündigung vorzusehen. Die Erstreckungsfristen wurden im Gegensatz zum ständerätlichen Beschluss für Wohnungen auf ein Jahr und für Geschäftslokale auf zwei Jahre festgesetzt.

Im Interesse der Rechtseinheit sollen sie aber — in Abweichung vom Beschluss des Ständerates — durch die Kantone nicht weiter ausgedehnt werden können. Im übrigen vertrat die Kommission die Auffassung, dass im Verfahrensrecht von Bundes wegen nur so weit in die Zuständigkeit der Kantone eingegriffen werden solle, als sich dies für die Durchsetzung des materiellen Bundesrechts als unerlässlich erweise. Sie möchte es daher den Kantonen überlassen,

als Entscheidungsinanz eine richterliche oder eine andere Behörde einzusetzen, gibt indessen

Entwicklungspolitische Resolution des Studentenvereins

Das 123. Zentralfest des katholischen Schweizerischen Studentenvereins (StV) in Chur

(ag) In Chur begann am Samstag das 123. Zentralfest des Schweizerischen Katholischen Studentenvereins (StV), der am Freitag die vorbereitende Delegiertenversammlung der Aktiven vorausgegangen war. Das Zentralfest findet erstmals in Chur statt.

Dr. E. Camenzind, Lehrbeauftragter der Universität Freiburg und Sekretär des Missionsrates, sprach über «Die Schweiz und die Dritte Welt». Der Appell des Redners richtete sich besonders an die jungen und alten Akademiker im Schweizerischen Studentenverein, weil ja im neuen Vereinsjahr Fragen der Entwicklungspolitik im Zusammenhang mit dem zentralen Studententhema «Gerechtigkeit und Frieden» bearbeitet werden sollten. Der Redner formulierte sechs Postulate. Ein erstes verlangt die möglichst rasche Realisation eines Schweizerischen Instituts für Entwicklungshilfe, ein zweites die Einführung der Entwicklungshilfe als Studienfach zwecks künftiger Experten in Entwicklungsländern. Ferner wurde

die massive Erhöhung der öffentlichen Mittel für das nächste Jahrzehnt und die Anrechnung der Leistungen mehrjährig tätiger Entwicklungshelfer bei der Erfüllung ihrer militärischen Dienst-Nachholpflicht verlangt

und sodann die Berücksichtigung des Einsatzes seitens der Arbeitgeber und Pensionskassen. Schliesslich wurden auch die Kirchgemeinden zu substantiellen Leistungen an die Dritte Welt aufgefordert.

An der Generalversammlung der Activitas wurde statuten-gemäss das siebengliedrige Zentralkomitee für das nächste Vereinsjahr neu bestellt und als Zentralpräsident cand. jur. René Aerni (Turicia, Zürich), aus Biberist (SO) gewählt. Als Tagungsort für 1970 wurde Wil (SG) bestimmt. Sodann stimmte die Versammlung der Aktiven zwei Resolutionen zu. In der ersten heisst es: «Zur Bekräftigung der Bereitschaft, ein persönliches Engagement zu manifestieren,

unterstützt die Generalversammlung des Schweizerischen Studentenvereins die «Erklärung von Bern»

und empfiehlt den Vereinsmitgliedern, sie zu unterstützen und sich dadurch zu verpflichten, während dreier Jahre einen freigewählten Teil des Einkommens einer Organisation für Entwicklungshilfe zukommen zu lassen. In einer zweiten Resolution bedauert die Generalversammlung des StV, dass nach der Abstimmung über das ETH-Gesetz der Bundesrat in die 30 Mitglieder umfassende Expertenkommission fast ausschliesslich Delegierte wirtschaftlicher und politischer Interessengruppen berief, während den Studenten «den Initianten und Trägern des Willensentscheides des Volkes» nur drei Sitze zugesprochen wurden,

so dass die Bestellung der ETH-Expertenkommission gegen die demokratischen Prinzipien verstosse.



Schweizer Vieh reist nach Südamerika

In Basel sind am Samstag 79 Stück Grossvieh und 20 Toggenburger Ziegen nach Südamerika verschifft worden. Sie sind Teil eines schweizerischen Entwicklungsprojektes in Peru und Bolivien, wo die Viehzucht verbessert werden soll.

(Keystone-Photo)

der Erwartung Ausdruck, dass in jedem Falle ein Schlichtungsverfahren vorgesehen werde.

Schliesslich lehnte es die Kommission ab, die Vorlage zu befristen. Sie gibt einer Dauerregelung im Obligationenrecht den Vorzug. — In der Gesamtabstimmung hiess die Kommission die so bereinigte Vorlage mit elf zu acht Stimmen gut.

Eine Minderheit wird dem Rat beantragen, die Möglichkeit der Aufhebung der Kündigung gemäss bundesrätlichem Antrag wieder in die Vorlage aufzunehmen, und ihm eine parlamentarische Initiative auf Verlängerung der geltenden Mietzinsordnung um ein Jahr unterbreiten.

«Bittere Pille» für das Welschland

Scharfe Kritik an den offiziellen Mietrechts-Beschlüssen

(upi) In den welschen Zeitungen spiegelt sich in den Wochenendausgaben die Enttäuschung über den Beschluss des Bundesrates, die Volksinitiative «Recht auf Wohnung» abzulehnen und stattdessen einen Dreijahresplan zur Anregung der Bautätigkeit zu empfehlen. Mit der Zurückweisung der Initiative, die zum grossen Teil in der Welschschweiz entstanden ist, habe der Bundesrat «eine ganze Schicht der Bevölkerung geopfert», hiess es in einem Kommentar. Die «Tribune de Genève» nannte den bundesrätlichen Entscheid eine «bittere Pille». Dieselbe Zeitung stellte sich auf die Frage, weshalb die nationalrätliche Kommission zur Vorbereitung der neuen Bestimmungen über das Mietschutzrecht im «Grünen Rahmen von Seelisberg über dem Vierwaldstättersee und nicht in einem überfüllten Stadtquartier» diese Probleme diskutiert habe.

Nationalbank-Instrumentarium aufs Eis gelegt

Vorbereitende Kommission des Nationalrates beschloss Nicht-Eintreten

(ag) Die Kommission des Nationalrates, die den Entwurf zur Revision des Nationalbankgesetzes (Ausbau des notenbankpolitischen Instrumentariums) zu beraten hatte, beschloss mit 18 gegen 5 Stimmen, dem Nationalrat Nicht-Eintreten auf die Gesetzesvorlage zu beantragen.

Die Beratungen standen unter dem Vorsitz von Nationalrat Dr. Edmund Wyss (Basel) und fanden im Beisein des Vorstehers des eidgenössischen Finanz- und Zolldepartementes, Bundesrat Nello Celio, sowie vom Präsidenten des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank, Dr. Edwin Stopper, statt. Es handelte sich bereits um die vierte Tagung dieser Kommission.

Wie im Anschluss an die Sitzung vom Freitag offiziell mitgeteilt wurde,

hat die Kommission davon Kenntnis genommen, dass zwischen der Schweizerischen Nationalbank und den Schweizer Banken eine Vereinbarung über die Mindestguthaben und die zulässige Kreditausweitung zustande gekommen ist. Diese entspricht der Meinung ihrer Mehrheit, wie sie in den letzten Kommissionssitzungen zum Ausdruck gekommen war und enthält die wesentlichen Punkte der Gesetzesvorlage.

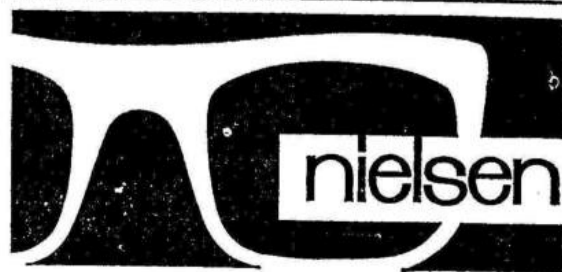
Dabei besteht aber die Meinung, dass der Bundesrat die weitere Entwicklung der Kreditexpansion sowie die Innehaltung der Vereinbarung aufmerksam verfolgt und auch die Frage einer allenfalls doch notwendig werden- den Gesetzgebung im Auge behält.

KIRCHLICHES

■ Katechetikprofessor aus München nach Zürich berufen. (kp) Prof. Oswald Krienbühl, Dozent für Katechetik am Institut für Katechetik München, wurde an die Schweizerische Kongregations-Zentrale in Zürich berufen. Ihm wird vornehmlich die Ausbildung von Führungskräften kirchlicher Jugendarbeit übertragen. Gleichzeitig wird er zur Mitarbeit am Katechetikkurs herangezogen.

■ Fernsehübertragung einer Tauffeier nach dem neuen Ritus. (kp) Am Sonntag, 14. September, überträgt das Fernsehen einen katholischen Gottesdienst aus der Christ-Königskirche in Biel. Dabei wird erstmals mit dem Wortgottesdienst eine Tauffeier verbunden, die nach dem erneuerten Ritus gestaltet ist. Die Uebertragung beginnt um 10 Uhr.

■ Neuer Sekretär des Bischofs von Basel (kp): Der Bischof von Basel hat Dr. theol. Paul Zemp, bisher bischöflicher Sekretär, zum Vikar der Pfarrei Allerheiligen in Basel ernannt. Seine Amtsdauer als Sekretär des Bischofs war von vornherein auf ein Jahr befristet gewesen, da Dr. Zemp gewünscht hatte, wieder in der Pfarreiseelsorge tätig zu sein. Zum neuen bischöflichen Sekretär ernannte Bischof Hänggi den bisherigen Subregens am Priesterseminar Solothurn, Dr. theol. Max Hofer.



Spezialist für Brillen + Contactlinsen
Zürich 1 Bleicherweg 5 (beim Paradeplatz)